dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 36 **30. Oktober 2026**

Inhalt

Treffen mit Nina Warken
Geyer: Weitere Verzögerungen bei Alimentation nicht vermittelbar

Treffen mit Staatsminister Philipp Amthor
„Wir brauchen einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst“

Personal-Untergrenze
Pflege: dbb fordert mehr als Mindestbesetzung

Zustand der beruflichen Schulen
Überlastete Lehrkräfte: So kann das nicht weitergehen

Preisverleihung der Rektorenkonferenz
Wagner: „Sie sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes!“

dbb frauen
Einsatz hat gewirkt: Keine Kürzung beim Elterngeld

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz
Austausch mit Innenminister Achim Schwickert über öffentlichen Dienst

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)
Geplante Proteste: hartes Durchgreifen bei Gewalt gegen Einsatzkräfte gefordert

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Vorlesemonitor 2026: Der Trend stimmt, der Auftrag bleibt

aktuell
Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Treffen mit Nina Warken
Geyer: Weitere Verzögerungen bei Alimentation nicht vermittelbar

Der dbb-Chef hat im Bundeskanzleramt die verfassungskonforme Besoldung beim Bund angemahnt. Die Geduld ist am Ende.

„Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes bereits Anfang des Jahres angekündigt, innerhalb weniger Wochen sollte der Gesetzentwurf vorliegen“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 27. Oktober 2026, bei einem Treffen mit Nina Warken, Chefin des Bundeskanzleramts. „Nun haben wir Oktober, es gibt keinen Kabinettsbeschluss, es gibt keinen abgestimmten Gesetzesentwurf. Die Geduld der Kolleginnen und Kollegen ist am Ende. Meine ist es ebenfalls. Weitere Verzögerungen bei der amtsangemessenen Alimentation sind nicht vermittelbar.“

Der dbb-Chef unterstrich die Bedeutung der Beamtinnen und Beamten, die in der öffentlichen Debatte aktuell viel zu kurz kommt. „Das Berufsbeamtentum sorgt für Stabilität, weil streikfreie Räume gewährleisten, dass der öffentliche Dienst systemrelevante Aufgaben jederzeit erledigen kann“, sagte er. „Die Kolleginnen und Kollegen beim Zoll, bei der Bundespolizei und in der Bundesverwaltung arbeiten Tag für Tag dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie länger auf die Bezahlung warten müssen, die ihnen gesetzlich und gerichtlich bestätigt zusteht.“

Nicht zuletzt verwies Geyer auf die schwierigen Bedingungen, mit denen die Beamtinnen und Beamten nicht nur beim Bund konfrontiert sind, sondern auch in den Ländern und Kommunen: „Die Aufgabenlast ist gestiegen, überall fehlt Personal und das gesellschaftliche Klima stellt vielerorts eine große Belastung dar. Zahlreiche Studien und Befragungen bestätigen, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes regelmäßig verbalen Anfeindungen und Beleidigungen ausgesetzt sind. Was es jetzt braucht, ist mehr Schutz, wirksame Prävention und Unterstützung für die Betroffenen.“

Die Bundesregierung will die Finanzierung der Autobahn GmbH reformieren – diese soll künftig auch eigene Kredite aufnehmen können. „Das Ziel, für die Autobahn GmbH eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten, teile ich ausdrücklich“, machte Geyer im Kanzleramt deutlich. „Die Möglichkeit zur Kreditaufnahme kann dafür ein Baustein sein. Allerdings muss auch auf der Einnahmeseite etwas passieren. Die Autobahn muss auskömmlich ausfinanziert sein. Sonst laufen wir in letzter Konsequenz in eine Überschuldung. Darüber hinaus darf sich der Bund nicht aus der Verantwortung stehlen. Deshalb muss klar sein, dass der Bund etwaige Verbindlichkeiten der Autobahn GmbH verlässlich und vollumfänglich übernimmt.“

Das Vorhaben, öffentlich-private Partnerschaften im Betriebsdienst auszuweiten, lehnt der dbb hingegen strikt ab. „Essentielle Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand, Punkt“, so Geyer.

Treffen mit Staatsminister Philipp Amthor
„Wir brauchen einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst“

Ein moderner und leistungsfähiger Staat braucht weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und ein starkes Berufsbeamtentum.

„Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates ist auf einem Tiefstand. Das ist ein Alarmsignal, das wir ernst nehmen müssen“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 29. Oktober 2026 bei einem Gespräch mit Philipp Amthor, Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit in Berlin. Die aktuelle dbb-Bürgerbefragung zeigt, dass nur noch 17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dem Staat zutrauen, seine Aufgaben zu erfüllen. „Die Menschen in Deutschland wollen einen Staat, der funktioniert. Wenn dieses Vertrauen zurückgewonnen werden soll, muss die Politik jetzt handeln“, betonte Geyer.

Aus Sicht des dbb-Chefs braucht es insbesondere bei der Staatsmodernisierung schnelle Fortschritte: „Staatliche Leistungen müssen für

die Bürgerinnen und Bürger spürbar besser funktionieren. Konkret bedeutet das, unnötige Bürokratie abzubauen und Modernisierung im öffentlichen Dienst voranzubringen. Gerade im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung müssen Bund und Länder sich noch besser koordinieren.“ Dabei müsse darauf geachtet werden, dass die Beschäftigten von Anfang an in Modernisierungsprozesse eingebunden würden: „Wenn sich der Staat zukunftsfähig aufstellen will, muss er dafür sorgen, dass sich das Personal entsprechend weiterbilden kann.“

Das sinkende Vertrauen in den Staat ließe sich auch an den Wahlerfolgen populistischer Parteien in den vergangenen Monaten erkennen. Gerade jetzt sei es deshalb besonders wichtig, das Berufsbeamtentum zu stärken: „Beamtinnen und Beamte sind keiner Partei und keiner Regierung, sondern der Verfassung verpflichtet. In Zeiten politischer Unsicherheit sind sie ein Bollwerk gegen Extremismus.“ Dass das Beamten-Bashing in der Bevölkerung und auch in Teilen der Politik weiter zunimmt, besorge ihn: „Wer die Demokratie stärken will, muss das Berufsbeamtentum stärken. Gerade von der Politik brauchen wir deshalb ein klares Bekenntnis für die Beamtinnen und Beamten.“

Personal-Untergrenze
Pflege: dbb fordert mehr als Mindestbesetzung

Die geplante Aktualisierung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung ist notwendig, greift aus Sicht des dbb aber zu kurz.

„Formalitäten lösen kein einziges Personalproblem in den Krankenhäusern“, machte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Andreas Hemsing, am 29. Oktober 2026 klar. „Untergrenzen für das Pflegepersonal können immer nur die unterste Schutzlinie sein. Sie dürfen nicht mit einer bedarfsgerechten Personalausstattung verwechselt werden.“

Untergrenzen sichern eine Mindestbesetzung in pflegesensitiven Bereichen. Die bisherige Systematik zur Bestimmung dieser Bereiche bleibt unverändert, es werden lediglich die Personaluntergrenzen technisch an das aktuelle Abrechnungssystem angepasst.

Für den dbb kommt es deshalb entscheidend darauf an, eine Personalbemessung voranzutreiben, die sich am tatsächlichen Pflege- und Versorgungsbedarf orientiert und die Belastungssituation der Beschäftigten angemessen berücksichtigt.

Hemsing: „Wer die Beschäftigten nachhaltig entlasten und zugleich eine hochwertige Patientenversorgung sichern will, muss über reine Mindestgrenzen hinausgehen. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Personalbemessung, wirksame Maßnahmen gegen Arbeitsverdichtung und eine verlässliche Finanzierung der notwendigen Personal- und Tarifkosten.“

Umso kritischer sieht der dbb die mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz beschlossenen Einschränkungen bei der Refinanzierung von Tarifsteigerungen. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Personaluntergrenzen in der Praxis vom Sicherheitsnetz zum Personalstandard werden. Das würde weder der notwendigen Entlastung der Beschäftigten noch einer guten Patientenversorgung gerecht.

Zustand der beruflichen Schulen
Überlastete Lehrkräfte: So kann das nicht weitergehen

Lehrkräfte an beruflichen Schulen sind für die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems unverzichtbar. Sie bereiten zukünftige Generationen für den Arbeitsmarkt vor.

Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, hat sich am 22. Oktober 2026 bei einem Besuch im Kaufmännischen Berufsbildungszentrum (KBBZ) Saarlouis ein Bild von der Lage vor Ort gemacht.

Im Gespräch mit Vertretern der Schulaufsicht, des Ministerium und den Lehrkräften ging es um die aktuellen Herausforderungen im Unterricht: „Die Hauptaufgabe der Lehrkräfte ist natürlich die Lehre“, sagte Hemsing. „Aber es werden immer mehr und mehr Aufgaben auf sie abgeladen. Für die Schülerinnen und Schüler werden die Lehrkräfte zunehmend zu Jugendpsychologen und Lebensberatern. Zudem werden sie mit Bürokratie überladen – das macht sie zusätzlich zu Verwaltungsfachangestellten und nimmt damit wertvolle pädagogische Ressourcen.“

Dadurch werde es zunehmend schwieriger, den pädagogischen Auftrag in vollem Umfang zu erfüllen. Die Gesamtsituation stelle eine zunehmende Belastung dar, zumal kein Ausgleich für die Mehrarbeit erfolgt, weder durch ein höheres Einkommen noch durch mehr Arbeitszeit. „So kann das nicht weitergehen“, stellte Hemsing klar.

Erschwerend kommt hinzu: Lehrkräfte müssen mittlerweile verstärkt Bildungslücken bei den ankommenden Schülerinnen und Schülern schließen. Das betreffe vor allem Sprachkenntnisse und grundlegende Kompetenzen wie Mathematik oder Problemlösefähigkeit.

Am KBBZ Saarlouis wurde die Fachoberschule Verwaltung sowie Steuer und Finanzen eingeführt, die auf einer engen Verzahnung von öffentlicher Verwaltung und Unternehmen basiert. So werden vor dem Hintergrund rückläufiger Bewerberzahlen, Bildungs- und Schulabbrüchen und einer zunehmen beruflichen Orientierungslosigkeit Wege des Zugangs zu den vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im öffentlichen Sektor geschaffen.

Hemsing hob die Bedeutung der strategischen Kooperationen hervor: „Wir haben überall im öffentlichen Dienst mit Personalmangel zu kämpfen – konkret sind über 630.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt. Projekte, die gut ausgebildete Fachkräfte in den Staatsdienst bringt, sind daher Gold wert.“

Hemsing bezog auch Position zur steigenden Gewalt an den Schulen: „Gewalt hat an den Schulen keinen Platz. Die Lehrkräfte, genau wie die Schülerinnen und Schüler, haben ein Recht auf einen Unterricht, bei dem sie nicht mit Übergriffen rechnen müssen.“

Nötig seien starke und konsequente Schutz- und Präventionsmaßnahmen. „Die steigende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst beschäftigt uns sehr“, erklärte der dbb-Vize. „Wir brauchen klare Alarm- und Notfallpläne, Deeskalations- und Sicherheitstrainings für Schulpersonal sowie eine bessere psychosoziale Unterstützung für Betroffene.“

Hintergrund: Organisiert hatte das Treffen der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. (BvLB).

Preisverleihung der Rektorenkonferenz
Wagner: „Sie sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes!“

Die Rektorenkonferenz der Hochschulen hat Nachwuchskräfte für besondere Leistungen ausgezeichnet. Der dbb-Vize war bei der Preisverleihung dabei.

„Sie werden an diesem Staat mitarbeiten, nehmen Sie Ihre Neugier mit in den Beruf und bringen Sie Ihre Ideen ein.“ Diese Worte richtete Maik Wagner, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, am 28. Oktober 2026 in Wiesbaden an die Preisträgerinnen und Preisträger. „Sie denken voraus. Sie bringen Menschen zusammen. Und Sie machen Wissen für die Praxis nutzbar. Sie sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes!“

Die Hochschulen brauchen gute Bedingungen, um ihren Lehrauftrag zu erfüllen, betonte Wagner in seiner Rede. Dazu gehören Zeit für Forschung, Raum für neue Lehrformen und moderne Technik. „Das ist ein wichtiger Baustein, um dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu begegnen. Aktuell fehlen uns mehr als 630.000 Beschäftigte. In den nächsten zehn Jahren gehen 1,4 Millionen Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand.“

Moderne Arbeitsplätze, eine faire Bezahlung sowie gute Chancen zur Weiterentwicklung sind weitere Bausteine, auf die es ankommt, um potenzielle Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst zu begeistern, so der der dbb-Vize. „Die Bedingungen müssen stimmen. Das

bedeutet auch, dass wir die bestehenden Bedingungen immer wieder hinterfragen und verbessern müssen. Mit klaren Aufgaben, verständlichen Gesetzen und weniger Bürokratie. Und mit digitalen Verfahren, die für Entlastung sorgen."

Hintergrund: Der dbb unterstützt den Preis der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst bereits seit 2016. Gute Ausbildungsbedingungen zu fördern, eng mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten und besondere Leistungen wertzuschätzen – das ist aus gewerkschaftlicher Perspektive ein zentrales Anliegen. Erstmals stiftet der dbb in diesem Jahr den Preis „Digitale Transformation", um vielversprechende Ideen zu würdigen, die den digitalen Wandel vorantreiben.

dbb frauen

Einsatz hat gewirkt: Keine Kürzung beim Elterngeld

Erfolg! Es bleibt bei 14 Monaten, die geplante Kürzung des Elterngeldes auf 12 Monate kommt doch nicht. Eltern können aufatmen.

„Wir haben von Anfang an deutlich gemacht: Eine Kürzung des Elterngeldes wäre der falsche Weg", betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb-Bundesvorsitzende, am 28. Oktober 2026. Gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen haben die dbb frauen seit Bekanntwerden der Pläne im Juli lautstark dagegen gekämpft. "Dass die Bundesregierung nun einen neuen Kurs einschlägt und an den 14 Monaten festhält, ist eine richtig gute Nachricht für Familien und zeigt: Unser gemeinsamer Einsatz hat sich gelohnt."

Eine Kürzung in der Bezugsdauer würde Eltern enorm unter Druck setzen und die ohnehin ungleich verteile Sorgearbeit weiter zulasten der Frauen verschieben. Obendrein fehle es vielerorts an ausreichend Kita- und Betreuungsangeboten. „Statt Bezugszeiten zu kürzen, sollte das Elterngeld eher länger und flexibler gezahlt werden," stellte Kreutz klar.

Die geplante Kürzung beim Elterngeld war nur einer von vielen Einschnitten, die vor allem für Frauen Nachteile mit sich bringt. Kreutz weiter: „Der Rückzieher beim Elterngeld kann das nötige Signal für die Bundesregierung sein, weitere geplante Einschnitte, beispielsweise beim Unterhaltsvorschuss oder der Altersrente, ebenfalls zurückzunehmen."

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

Austausch mit Innenminister Achim Schwickert über öffentlichen Dienst

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz hat mit Achim Schwickert, dem neuen Innenminister von Rheinland-Pfalz, ausführlich über zentrale Belange des öffentlichen Dienstes gesprochen. Im Mittelpunkt standen die Arbeitsbedingungen sowie die Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung.

Eingehend wurden die Verfassungstreuepflicht und der Umgang mit Extremismus im öffentlichen Dienst besprochen. Die Gesprächspartner bekräftigten gemeinsam, dass Extremismus, Verfassungsfeindlichkeit und die Unterstützung antidemokratischer Bestrebungen im öffentlichen Dienst keinen Platz haben.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz unterstrich, dass insbesondere der auf Neutralität und Unabhängigkeit im Amt ausgerichtete Beamtenstatus ein Mittel zur Sicherung der Demokratie sei. Demokratische Grundwerte und rechtsstaatliche Pflichten seien für alle Beschäftigten gültig. Zugleich müssten Verfahren

zur Verfassungstreue rechtssicher und verhältnismäßig ausgestaltet sein. Minister Schwickert bestätigte, dass es in solchen Verfahren nicht um Aktionismus gehen dürfe, sondern um rechtlich präzise Einzelfallbewertungen.

Zur Arbeitszeit wurden insbesondere Verbesserungen am noch nicht lange eingeführten Lebensarbeitszeitkonto erörtert. Die dbb Seite regte an, dass die zeitlichen Anspar- und Entnahmegrenzen zur weiter verbesserten Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege ausgeweitet und die lange Erprobungsphase des Modells verkürzt werden sollten. Schwickert unterstrich die Wichtigkeit der „Vereinbarkeit“ für die Personalgewinnung und betonte, dass die Landesverwaltung einen hohen Flexibilitätsgrad erreicht habe, da Maßstab für Machbares stets die Funktionsfähigkeit der Dienststellen sei.

Die dbb-Delegation machte deutlich, dass der öffentliche Dienst angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels attraktive Arbeitsbedingungen braucht. Dazu gehörten neben fairer Bezahlung zum Beispiel beschleunigte und transparente Einstellungsverfahren. Innenminister Achim Schwickert pflichtete dem bei und verwies auf laufende Optimierungen in der Praxis der Personalentwicklung.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)

Geplante Proteste: hartes Durchgreifen bei Gewalt gegen Einsatzkräfte gefordert

Für den 31. Oktober 2026 sind bundesweit Demonstrationen des Bündnisses „Gen Z regelt das“ angekündigt. Die DPolG setzt auf friedliche Proteste und betont das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden bei der Durchsetzung des Versammlungsrechts als auch die Gewährleistung der Sicherheit aller Beteiligten. Sollten Einsatzkräfte angegriffen werden, fordert die DPolG ein hartes Durchgreifen sowie schnelles und konsequentes Handeln der Justiz.

Besonders kritisch bewertet die DPolG die Gefahr, dass gewaltbereite linksextreme sowie islamistische Gruppierungen die Proteste unterwandern könnten. Die Mobilisierung über soziale Netzwerke sowie die zeitliche Überschneidung mit Halloween stellen die Sicherheitsbehörden vor zusätzliche Herausforderungen. Tausende Polizistinnen und Polizisten werden im Einsatz sein, um die Demonstrationen am Wochenende abzusichern und das im Grundgesetz verankerte Versammlungsrecht zu schützen.

Heiko Teggatz, DPolG-Bundesvorsitzender und dbb-Vize, betonte am 27. Oktober 2026, dass Meinungsfreiheit kein Freifahrtschein für Gewalt sei. Bei den Ausschreitungen im Rahmen der Schülerproteste in Frankreich und Italien wurden über 1.000 Einsatzkräfte verletzt. Die DPolG zeigt sich mit ihnen solidarisch und wünscht den betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine gute physische und psychische Heilung.

„Unsere Polizistinnen und Polizisten sind gut ausgebildet und können derartige Lagen hochprofessionell bewältigen. Die Versammlungsbehörden und Polizeien werden das Versammlungsrecht schützen. Dazu gehört auch die konsequente Einhaltung von Auflagen“, so Heiko Teggatz. „Das Vermummungsverbot gilt selbstverständlich auch am Reformationstag und in der Halloween-Nacht. Gruselige Linksextremisten oder Islamisten brauchen ohnehin keine Maske. Wenn sie diesen Tag nutzen, um vermummt Straftaten zu begehen, werden meine Kolleginnen und Kollegen hart durchgreifen“, so der DPolG-Bundesvorsitzende.

Wenn herkömmliche Führungs- und Einsatzmittel sowie Wasserwerfer bei schweren Eskalationen nicht mehr ausreichen sollten, müssen auch weitergehende Einsatzmittel diskutiert werden. „Die Länder sind gefordert, ihre Polizeien entsprechend auszustatten und auf die zunehmenden Herausforderungen vorzubereiten. Der Schutz der Menschen in Uniform muss an oberster Stelle stehen“, so Heiko Teggatz. Ausreichende personelle Ressourcen, eine bestmögliche Ausstattung, klare Einsatzkonzepte und vor allem die Rückendeckung des Dienstherrn, seien essentiell für die Bewältigung solcher Lagen.

Weiter betont der Polizeigewerkschafter die DPolG-Forderung: Die Anwendung der geplanten Strafverschärfung für Angriffe auf Einsatzkräfte noch vor der Silvesternacht. Rund 300 Polizeibeamte werden täglich Opfer von Ge-

walt. „Das kann so nicht weitergehen. Worthülsen oder politische Floskeln helfen meinen Kolleginnen und Kollegen nicht weiter. Es muss sich etwas ändern und das am besten sofort."

Heiko Teggatz plädiert abschließend für friedliche Demonstrationen: „Die Aufgabe der Polizei ist es, Recht zu schützen und durchzusetzen. Polizeibeamten dürfen nicht die Leidtragenden gesellschaftlicher Konflikte sein. Sie verdienen höchsten Respekt und Anerkennung. Wer sie missachtet, missachtet unseren Staat." Teggatz fordert, am Wochenende genügend Staatsanwälte und Richter in den Bereitschaftsdienst zu versetzen und im Falle von Gewaltexzessen gegen Einsatzkräfte schnelle und harte Strafen auf dem Fuße.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Vorlesemonitor 2026: Der Trend stimmt, der Auftrag bleibt

„Es geht zum dritten Mal in Folge aufwärts. Das ist eine gute Nachricht, und sie ist ein Verdienst der Eltern, die sich Zeit nehmen – und der Erzieherinnen und Erzieher, die mit den Kindern Bücher aufschlagen, Geschichten erzählen und Sprache im Alltag lebendig halten", sagt Tomi Neckov, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), zur heute veröffentlichten Ausgabe des Vorlesemonitors.

„Aber sie hat eine Lücke: Jedes vierte Kind wächst weiterhin mit wenig Vorlesezeit und mehr als jedes achte Kind gänzlich ohne Vorleseroutine auf", Neckov weiter. Der Monitor von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutscher Bahn Stiftung weist für 2026 einen Anteil von 76,4 Prozent der Eltern aus, die ihren ein- bis achtjährigen Kindern mindestens mehrmals pro Woche vorlesen – 2024 waren es 67,7 Prozent, 2022 61,3 Prozent. Zugleich bekommen 23,6 Prozent der Kinder höchstens einmal pro Woche vorgelesen, 12,4 Prozent nie (2024: 32,3 und 18,4 Prozent).

Erzieherinnen und Erzieher sind die Berufsgruppe, die die frühe Sprachbildung täglich gestaltet: Sie wählen Bilderbücher aus, führen Kinder an Geschichten heran, begleiten Sprache im Alltag – oft in Gruppen, in denen für das einzelne Kind wenig Zeit bleibt. „Vorlesen braucht eine erwachsene Person, die Zeit hat. In vielen Kitas fehlt genau diese Zeit. Deshalb ist die Personalausstattung keine Verwaltungsfrage, sondern eine Bildungsfrage", sagt Neckov. Der VBE beziffert den Fachkräftemangel in Kitas bis 2030 auf bis zu 260.000 Personen und fordert einen Personalschlüssel von 1:3 in der U3- und 1:7,5 in der Ü3-Betreuung.

Der Zuwachs konzentriert sich auf die ersten Lebensjahre: Bei einjährigen Kindern lesen 75 Prozent der Eltern regelmäßig vor (2024: 59 Prozent), bei zweijährigen 93 Prozent (2024: 78 Prozent). Bei achtjährigen Kindern sind es nur noch 55 Prozent. „Das Vorlesen nimmt genau in dem Moment ab, in dem Kinder selbst lesen lernen. Dort darf die Förderung nicht enden – es braucht Leseecken, Schulbüchereien und Zeit im Unterricht", so Neckov.

Die Bundesförderung von „Lesestart 1-2-3" läuft am 31. Dezember 2026 aus; seit 2024 erhalten alle Familien mit Ein- bis Dreijährigen ein Buchgeschenk in der Kinderarztpraxis oder Bibliothek. „In der Kinderarztpraxis erreichen wir Familien, die keine Bibliothek betreten und keinen Elternabend besuchen. Wenn dieser Zugang wegfällt, fällt er ersatzlos weg. Die Chance, die dieses Förderprogramm bietet, dürfen wir nicht einfach so verstreichen lassen. Daher fordern wir die Fortführung oder eine angemessene Anschlusslösung", sagt Neckov.

Termine:

10. Dezember 2026
dbb Verkehrstag
(Weitere Informationen folgen)

11. Januar 2027
dbb Jahrestagung
Mehr Infos unter: www.dbb.de/Jahrestagung

12. - 13. April 2027
dbb Forum Personalvertretungsrecht
(Weitere Informationen folgen)